

## Ein erbärmliches Armutszeugnis nach 2 – jähriger Arbeit

### Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“

Am 03.05.2018 wurde durch Beschluss der Bundesregierung obige Kommission berufen, mit dem Ziel bis März 2020 Vorschläge über die Notwendigkeiten zu Änderung der Alterssicherungssysteme für die Zeit nach 2025 zu erarbeiten.

Alle Kommissionen, die sich mit der gesetzlichen Rentenversicherung befassen sind mehrheitlich mit Beamten und Politikern besetzt. Also mit Personen die nicht, oder nicht ausschließlich von der gesetzlichen Rente im Alter leben müssen, und in besseren Parallelsystemen versichert sind, so auch in „Verlässlicher Generationenvertrag“ mit einem Altersdurchschnitt von 57 Jahren. Die junge Generation für die der Generationenvertrag gelten soll ist leider nicht vertreten!

Unser Kooperationspartner



hat dazu im April 2020 den ausführlichen Infobrief Nr. 4 veröffentlicht, den Sie **hier** aufrufen können.

#### Fazit

Das Gremium hat sich vor allen brisanten Herausforderungen gedrückt: Das System auf eine breite Basis wie in unseren Nachbarländern zu stellen, indem auch Politiker, Beamte, und Freiberufler in die Rentenversicherung einbezahlen, wurde erst gar nicht – da ein zu heißes Eisen – untersucht.

#### Das ist ein erbärmliches Armutszeugnis.

Dafür wird eine weitere Kommission vorgeschlagen, die darüber befinden soll, ob das Renteneintrittsalter langfristig über die Schwelle von 67 Jahren angehoben werden soll oder nicht. Was kann eine Regierung mit solchen Ideen anfangen? Nichts!!

Weitere wichtige Punkte wie:

- Erwerbtätigen Versicherung einführen
- Beitragsbemessungsgrenze stufenweise anheben, später abschaffen
- Beitragssatz anheben
- Bundesanteil bis zum vollen Ausgleich der versicherungsfremden Leistungen anheben
- Bezieher von ALG II mit 80% rentenversichern (wie früher)
- Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umbauen
- Entgeltumwandlung reduzieren und später abschaffen
- Riester-Rente abschaffen, Bundeszuschüsse in Rentenversicherung umleiten

wurden nicht einmal angedacht, da von Politik und Beamtentum nicht erwünscht!